



**Geschäftsführung
Stadtentwicklungsausschuss**

Frau Michels

Telefon: (0221) 221 - 23148

Fax: (0221) 221 - 24447

E-Mail: marianne.michels@stadt-koeln.de

Datum: 26.07.2011

Niederschrift

über die **18. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 07.07.2011, 15:05 Uhr bis 19:40 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Karl-Jürgen Klipper CDU

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Dr. Eva Bürgermeister	SPD	
Frau Polina Frebel	SPD	Vertretung für Herrn Schultz
Herr Horst Noack	SPD	
Herr Michael Zimmermann	SPD	
Frau Birgit Gordes	CDU	
Herr Stefan Götz	CDU	
Herr Helmut Jung	CDU	
Frau Barbara Moritz	GRÜNE	
Frau Dr. Sabine Müller	GRÜNE	
Frau Bettina Tull	GRÜNE	
Herr Ralph Sterck	FDP	
Herr Gereon Breuer	pro Köln	

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Michael Weisenstein DIE LINKE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Jörg Beste	auf Vorschlag der Grünen	bis 19.00 Uhr
Herr Jürgen Brock-Mildenberger	SPD	
Herr Michael Frenzel	auf Vorschlag der SPD	
Herr Norbert Hilden	auf Vorschlag der FDP	

Herr Wolfgang Hornemann	pro Köln
Herr Günter Leitner	auf Vorschlag der CDU Fraktion
Herr Christian Möbius	CDU
Herr Lothar Müller	DIE LINKE
Herr Ingo Schneemann	auf Vorschlag der FDP
Herr Dr. Ulrich Soénius	auf Vorschlag der CDU
Herr Horst Thelen	GRÜNE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Werner Baatz	Seniorenvertretung
Herr Marco Malavasi	LSVD OV Köln
Herr Bahri Gülsen	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Beh.pol. bis 17.10 Uhr

Verwaltung

Herr Jörg Bambeck	Dezernat Planen und Bauen
Frau Anne Luise Müller	Stadtplanungsamt
Frau Elke Müssigmann	Stadtplanungsamt
Herr Beigeordneter Bernd Streitberger	Dezernat Planen und Bauen
Herr Werner Stüttem	Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Herr Andreas von Wolff	Stadtplanungsamt
Frau Caroline Wagner	Dezernat Planen und Bauen

Schriftführerin

Frau Marianne Michels	Dezernat Planen und Bauen
-----------------------	---------------------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Alfred Schultz	SPD
---------------------	-----

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Klaus Hoffmann	Freie Wähler Köln
---------------------	-------------------

Vorsitzender Klipper eröffnet die 18. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses in der Wahlperiode 2009 bis 2014 und begrüßt die Anwesenden. Er verliest die Änderungen zur Tagesordnung und fragt an, ob darüber hinaus weitere Änderungswünsche bestehen.

RM Sterck bittet um Vertagung der Mitteilung zu TOP 17.3.

Weitere Änderungswünsche werden nicht gestellt. Somit ergibt sich folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Vorstellung des Wettbewerbsergebnisses Historisches Archiv und Kunst- und Museumsbibliothek mit Rheinischem Bildarchiv
- mündlich-

1 Schriftliche Anfragen

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

3 Anträge

4 Stadtplanung - Projekte

4.1 Regionale 2010

4.1.1 Archäologische Zone und Jüdisches Museum Köln
1445/2011

4.1.2 Rheinboulevard -Teilbereich II: Ufertreppe und Boulevard
hier: Archäologie und Teilumplanung der Gründung
2037/2011

4.2 Umsetzung Masterplan

4.3 Bericht Stadtraummanagement 2010
0088/2011

5 Allgemeine Vorlagen

- 5.1 Beschluss über die frühzeitige intensive Bürgerbeteiligung (moderierter Workshop) zur zukünftigen Entwicklung der Nutzungen auf den Grundstücksflächen des ehemaligen Historischen Archivs entlang der Severinstraße in Köln-Altstadt/Süd
1127/2011

6 Beteiligung an stadtentwicklungsrelevanten Beschlussvorlagen

- 6.1 Stadtbahnhaltestelle Barbarossaplatz
hier: Teilplan 1202 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV: Planungsbeschluss zur Bahnsteiganhebung der Haltestelle Barbarossaplatz sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-1-6304, Barbarossapl.-Umsetz. Niederflurkonzept, Hj. 2011
1350/2011

zurückgezogen

- 6.2 Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe, Entscheidung zu den Varianten der Oberlichter an der Haltestelle Breslauer Platz sowie Übernahme der nicht zuwendungsfähigen Kosten im Rahmen des Nord-Süd Stadtbahnvertrages
2120/2011
- 6.3 Einleitung vorbereitender (Sanierungs-)Untersuchungen gem. § 141 Baugesetzbuch für Köln Chorweiler-Mitte
2538/2011

7 Änderungen des Flächennutzungsplanes

- 7.1 168. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 7, Köln-Porz
Arbeitstitel: Poller Damm in Köln-Poll
hier: Beschluss über Anregungen und Bedenken sowie Feststellungsbeschluss
0767/2011
- 7.2 155. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 7, Köln-Porz
Arbeitstitel: Gewerbepark Poll in Köln-Porz/-Poll
hier: Einleitungs- und Offenlagebeschluss
0978/2011
- 7.3 187. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 7, Köln-Porz
Arbeitstitel: Hansestraße-Süd in Köln- Porz-Eil
hier: Einleitungsbeschluss und Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit
2086/2011

- 7.4 125. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 5, Köln-Nippes
Arbeitstitel: Neuordnung ehemaliger Rangierbahnhof Köln-Nippes (Rbf K-Nippes)
hier: Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit
2145/2011
- 8 Städtebauliche Planungskonzepte / Beschlüsse zur Durchführung von frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen**
- 8.1 Städtebauliches Planungskonzept
Arbeitstitel: André-Citroën-Straße in Köln-Porz-Westhoven, 1. Änderung
Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
0679/2011
- 8.2 Städtebauliches Planungskonzept Falkenweg in Köln-Rondorf
Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
1537/2011
- 9 Städtebauliche Planungskonzepte / Stellungnahme der Bezirksvertretungen zu den Ergebnissen der vorgezogenen Bürgerbeteiligungen/frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen, Entscheidungen über die Vorgaben zu den Bebauungsplan-Entwürfen**
- 10 Einleitung/Aufstellung/Offenlage von Bebauungsplänen bzw. Bebauungsplan-Entwürfen, ggf. mit Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen**
- 10.1 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Wiersbergstraße in Köln-Kalk
2244/2011
- 10.2 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: Magnusstraße in Köln-Altstadt/Nord
1383/2011
- 10.3 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Neurather Weg in Köln-Mülheim
1417/2011
- 10.4 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Urbacher Weg in Köln-Porz-Ensen
1473/2011

- 10.5 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 66457/07
Arbeitstitel: Goebenstraße in Köln-Neustadt/Nord
1503/2011
- 10.6 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 65454/05
Arbeitstitel: Genter Straße in Köln-Neustadt/Nord
1813/2011
- 10.7 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB)
Arbeitstitel: Oskar-Jäger-Straße in Köln-Ehrenfeld
1885/2011
- 10.8 Beschluss über die Aufstellung und Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 6446/02
Arbeitstitel: Ehrenfeldgürtel/nordöstlich Venloer Straße in Köln-Ehrenfeld
2243/2011
- 11 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen sowie Einstellung von Bebauungsplan-Verfahren**
- 11.1 Aufhebung der Einleitungsbeschlüsse zu den vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwürfen
Arbeitstitel: 1. "Rondorfer Straße 5" in Köln-Marienburg;
2. "Kindertagesstätte Rondorfer Straße 5" in Köln-Marienburg
0995/2011
- 11.2 Aufhebung des Durchführungsplanes 6644 Nb 1-4/02 (67459/02)
- Offenlagebeschluss -
Arbeitstitel: Hauptbahnhof/Turiner Straße in Köln-Altstadt/Nord
1990/2011
- 12 Beschlüsse über Anregungen/Stellungnahmen, Änderungen sowie Satzungsbeschlüsse von Bebauungsplan-Entwürfen**
- 12.1 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 71467/02
Arbeitstitel: Südlich Arnsberger Straße in Köln-Buchheim
0727/2011
- 12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 71470/09
Arbeitstitel: Ackerstraße in Köln-Buchheim
1605/2011
- 12.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes 68409/06
Arbeitstitel: Robert-Heuser-Straße in Köln-Marienburg, 2. Änderung
1866/2011

- 12.4 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 64535/03
Arbeitstitel: Südlich Oranjehofstraße in Köln-Seeberg
2088/2011

13 Änderungen/Ergänzungen von Bebauungsplänen

- 13.1 Beschluss über die Einleitung betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 6456/06 einschließlich 1. bis 5. Änderung
Arbeitstitel: Gewerbegebiet Langel in Köln-Fühlings-/Merkenich, 6. Änderung
2237/2011
- 13.2 Beschluss über die Einleitung und Offenlage betreffend die 3. Änderung des Bebauungsplanes 74459/07
Arbeitstitel: Madausstraße in Köln-Merheim, 3. Änderung
2207/2011
- 13.3 Beschluss über die Einleitung betreffend die 4. Änderung des Bebauungsplanes 58480/03 im beschleunigten Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB)
Arbeitstitel: Widdersdorf Süd (neu) in Köln-Widdersdorf, 4. Änderung "Auf der Vierzig"
2383/2011
- 13.4 Beschluss über die Einleitung betreffend die Änderung des Bebauungsplanes 63549/04
Arbeitstitel: Florenzer Straße in Köln-Chorweiler, 4. Änderung
2529/2011
- 13.5 Beschluss über die Einleitung betreffend die Änderung des Bebauungsplanes 63549/03
Arbeitstitel: Stockholmer Allee in Köln-Chorweiler, 3. Änderung
2542/2011

14 Aufhebung von Bebauungsplänen

- 14.1 Teilaufhebung des Bebauungsplanes 71481/04
Beschluss über die Einleitung und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Mündelstraße in Köln-Mülheim
1447/2011

15 Sonstige Satzungen

- 15.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Mülheim
Arbeitstitel: Bezirkszentrum Wiener Platz/Frankfurter Straße
0719/2011
zurückgezogen

- 15.2 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Buchheim
Arbeitstitel: "Zentrum Buchheim" in Köln-Buchheim
1313/2011
zurückgezogen
- 15.3 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Pesch
Arbeitstitel: Gewerbegebiet Pesch, 2. Änderung
1331/2011
zurückgezogen
- 15.4 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Rath/Heumar
Arbeitstitel: Rösrather Straße und Eiler Straße in Köln-Rath/Heumar
1552/2011
zurückgezogen
- 15.5 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Nord
Arbeitstitel: Brandenburger Straße, Erweiterungsfläche in Köln-Altstadt/Nord
1937/2011
- 15.6 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Süd
Arbeitstitel: Ulrichgasse in Köln-Altstadt/Süd
2024/2011
- 15.7 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Ossendorf
Arbeitstitel: Gewerbegebiet Von-Hünefeld-Straße in Köln-Ossendorf, 4. Änderung
4557/2010/1
- 15.8 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Ehrenfeld
Arbeitstitel: Ehrenfeldgürtel/nordöstlich Venloer Straße in Köln-Ehrenfeld
2309/2011
- 16 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen**
- 16.1 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen
hier: Umsetzung des Beschlusses der Bezirksvertretung 2 Rodenkirchen vom 28.02.2011: Soziale Stadt Meschenich
2413/2011

17 Mitteilungen

- 17.1 Ergebnis des Wettbewerbs "Im Weichserhof" (Campus West) in Köln-Altstadt/Süd
2143/2011
- 17.2 Gewerbegebiet Ensen/Westhoven in Köln-Porz-Ensen/-Westhoven;
hier: Dringlichkeitsantrag der Bezirksvertretung Porz vom 17.05.2011 (TOP
6.1.16)
2255/2011
- 17.3 Vergnügungsstätten- beziehungsweise Spielhallenkonzepte;
hier: Praxis anderer Kommunen
1790/2011
- Die Mitteilung wurde zu Beginn der Sitzung zurückgestellt.
- 17.4 Ausstellung "(K)ein Kinderspiel! Leben.Wohnen.Aufwachsen"
2347/2011
- 17.5 Städtebauliches Planungskonzept "Am Lusthaus" in Köln-Rath/Heumar
hier: Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und weiteres Vor-
gehen
2474/2011
- 17.6 'Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft' und Broschüre 'Köln
100 % - Kulturelle Vielfalt einer Stadt'
2315/2011
- 17.7 Verkehrssituation in Köln-Meschenich
hier: Anfrage aus der Sitzung der Bezirksvertretung Rodenkirchen vom
28.02.2011, TOP 8.2.7
2117/2011
- 17.8 Beantwortung der Anfragen aus der Sitzung des Wirtschaftsausschusses vom
19.05.2011 betreffend Tagesordnungspunkt 6.1 Bebauung am Breslauer Platz
- Verzögerung des Projektes durch Leitungstrassen der DB AG - Erarbeitung
von Alternativen (1155/2011)
2333/2011
- 17.9 Umbau (Revitalisierung) Rheinpark-Pavillon
2546/2011
- 17.10 Verkehrsgutachten zur Ansiedlung des Frischemarktes in Köln-Marsdorf
2600/2011

17.11 "Wohndialog Kalk Nord": Vertreter der Wohnungswirtschaft, KALKschmiede* und die Stadt Köln kooperieren mit dem Ziel der Verbesserung der Wohnsituation in Kalk Nord
2532/2011

18 Mündliche Anfragen

19 Gleichstellungsrelevante Themen

II. Nichtöffentlicher Teil

20 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

21 Schriftliche Anfragen

22 Anträge

23 Stadtplanung - Projekte

23.1 Heliosgelände in Köln-Ehrenfeld; hier: Vergabe des Moderationsauftrags für die Beteiligung der Öffentlichkeit
1282/2011

24 Gestaltungsbeirat

24.1 Niederschrift des Gestaltungsbeirates vom 02.05.2011
2011/2011

25 Sonstige Vorlagen

25.1 Anerkennung des Bedarfs zur Auftragserteilung der Objektplanung und Projektsteuerung für den Abbruch und die Sanierung des Clouth-Geländes Niehler Str. 102-158, Köln Nippes
2321/2011

26 Mitteilungen

27 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A Vorstellung des Wettbewerbsergebnisses Historisches Archiv und Kunst- und Museumsbibliothek mit Rheinischem Bildarchiv - mündlich-

Beigeordneter Streitberger stellt mit Hilfe einer Powerpoint-Präsentation die Wettbewerbsergebnisse mit den jeweiligen Preisträgern vor.

1 Schriftliche Anfragen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

3 Anträge

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

4 Stadtplanung - Projekte

4.1 Regionale 2010

4.1.1 Archäologische Zone und Jüdisches Museum Köln 1445/2011

RM Moritz berichtet, heute sei das wissenschaftliche Kolloquium zu Ende gegangen. Den Teilnehmern sei dabei noch einmal die Bedeutsamkeit und Einmaligkeit des Projekts vermittelt worden. Auch seien sie nach wie vor davon überzeugt, dass die damalige Entscheidung, die Archäologische Zone und das Jüdische Museum gemeinsam darzustellen, die Richtige gewesen sei. Allerdings habe sie erfahren, dass die CDU-Fraktion zur Ratssitzung einen Antrag einbringen werde. Daher spreche sie sich dafür aus, die Vorlage heute ohne Votum in den Rat zu geben. Dennoch betone sie, dass sie klar für die Realisierung des Projektes sei.

SE Möbius stellt klar, dass auch die CDU die Archäologische Zone begrüße und unterstütze. Allerdings müsse die Finanzierung kritisch hinterfragt werden. Die Kosten lägen mittlerweile über 50 Mio. € und deswegen gebe es keine Förderung über Landesmittel. Ferner seien sowohl in der Vorlage als auch in der Beratung des Kulturausschusses die mögliche Fördersumme durch den Bundesbeauftragten für Kultur und Medien i.H.v. 800.000,00 € thematisiert worden. Seines Wissens nach, gäbe es hierzu bereits eine Entscheidung und er wundere sich, dass die Ratsvorlage nicht entsprechend angepasst worden sei. Auch habe er erfahren, dass sich der Landschaftsverband äußerst zurückhaltend hinsichtlich einer Beteiligung an den Folgekosten geäußert habe. Ebenfalls kritisch verhalte es sich mit den in Aussicht gestellten 14,3 Mio. € aus Städtebaufördermitteln. Diese würden nur dann gezahlt, wenn der Bodendenk-

malschutz genügend Beachtung finde. Ein entsprechend erarbeitetes Gutachten bezweifle aber die Verträglichkeit, insbesondere wegen der 69 inneren Stützen.

Beigeordneter Streitberger erläutert, die Projektkostengrenze von 50 Mio. € richte sich nach bestimmten Kostengruppen. Seines Wissens nach seien nur die „echten“ Baukosten maßgeblich. Demnach würden die 50 Mio. € nicht überschritten. Zu den anderen gestellten Fragen könne er leider keine Auskunft geben. Allerdings wundere er sich über die Aussage, das Gutachten stelle die Verträglichkeit des Projektes mit dem Bodendenkmalschutz in Frage. Schließlich befinde man sich bereits im Baugenehmigungsverfahren und derlei Probleme hätten schon im Genehmigungsverfahren auftreten müssen.

RM Zimmermann unterstützt von Seiten der SDP-Fraktion das Projekt, welches seines Erachtens von herausragender Bedeutung und einmalig sei. Hier würden konzentriert an einer Stelle 2.000 Jahre Geschichte dargestellt und zwar verbunden mit der jüdischen Geschichte. Dies sei einzigartig und werde auch internationale Beachtung finden.

RM Sterck schließt sich den Ausführungen seines Vorredners an. Er bedaure ausdrücklich die Haltung der CDU zu dieser Thematik. Klar hätte auch er sich mehr Fördermittel gewünscht, aber wenn diese ausblieben, müsse eben die Stadt einspringen. Das sei ihre originäre Aufgabe. Er erinnere daran, dass bereits sensationelle Funde zu Tage gefördert worden seien.

Vorsitzender Klipper stellt klar, dass auch die CDU-Fraktion sich immer für die Archäologische Zone ausgesprochen habe. Anders verhalte es sich mit dem Jüdischen Museum. Hier sei in vorherigen Debatten sowohl seitens seiner Fraktion als auch von Seiten der SPD und FDP-Fraktion immer wieder ausgesagt worden, dass nur unter der Voraussetzung genügend Fördergelder zu erzielen, das Projekt verwirklicht werden solle. Nunmehr sei es aber offensichtlich nur noch die CDU, die zu dieser Aussage stehe. Niemand dürfe abstreiten, dass die Finanzierung kein Problem darstelle. Im Übrigen stehe ja noch nicht einmal fest, was genau im Jüdischen Museum ausgestellt werden solle. Selbst die Jüdische Gemeinde habe verlauten lassen, sie bräuchten für die Darstellung ihrer Geschichte weder ein Jüdisches Museum noch ein Haus der Jüdischen Kultur.

RM Moritz geht auf die geschichtliche Entwicklung ein, welche zu der Entscheidung geführt habe, das Projekt zu verwirklichen und berichtet über die Empfehlungen aus den beiden international besetzten Symposien hierzu. Anschließend geht sie auf die Aussagen des Herrn Möbius bezüglich der Fördergelder ein. Zwar gebe es den Schwellenwert von 50 Mio. €, jedoch sei dieser nur für die Einordnung eines Projektes maßgebend. Ab dieser Summe handele es sich demnach um ein Großprojekt. Dies habe aber keine Auswirkungen auf mögliche Fördersummen; lediglich die Antragstellung sei eine andere. Dies sei aber nicht nötig, weil das Land ausschließlich die Archäologische Zone fördere und deren Kosten weit unter dem Schwellenwert lägen. Auch sei bezüglich der angesprochenen 800.000 € noch keine Entscheidung getroffen worden. Die CDU möge keine Gerüchte verbreiten sondern besser ehrlich sagen, dass sie gegen das Projekt sei.

SE Hornemann erinnert daran, dass die Entscheidung für das Projekt unter der Voraussetzung gefasst worden sei, dass die jüdische Gemeinde einen erheblichen Kostenanteil übernehme. Er bezweifle, dass sie unter den jetzigen Bedingungen ebenfalls so getroffen worden wäre.

Nach weiterer Debatte stellt Vorsitzender Klipper den eingangs gestellten Antrag, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu geben, zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Beschlussvorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.1.2 Rheinboulevard -Teilbereich II: Ufertreppe und Boulevard
hier: Archäologie und Teilumplanung der Gründung
2037/2011**

Vorsitzender Klipper stimmt der Vorlage zu und begrüßt ausdrücklich die darin enthaltene „große Lösung“.

RM Zimmermann schließt sich seinem Vorredner an. Auch hier handele es sich um ein Projekt von herausragender Bedeutung. Dennoch spreche er sich dafür aus, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu geben, weil er noch einige inhaltliche Fragen, insbesondere zu den Kosten und den tatsächlichen Ausgrabungen der Archäologischen Zone habe, die wahrscheinlich nur der Kulturdezernent beantworten könne.

Vorsitzender Klipper möchte wissen, ob der archäologische Park Einfluss auf die Entwicklung des Lanxess-Gebäudes habe.

RM Moritz schildert von der gemeinsamen Ortsbegehung in der Stadt Koblenz. Dort gebe es eine ähnliche Treppe. Besonders angenehm sei ihr aufgefallen, dass dort keinerlei Gitter oder Gelände angebracht worden seien. Sie fragt, ob Köln ebenfalls darauf verzichten könnte. Ihrer Ansicht nach würde dies das Projekt erheblich aufwerten. Ferner habe sie gehört, dass die in der Vorlage enthaltene „kleinere Lösung“ nicht barrierefrei sei. Auch hierzu bitte sie die Verwaltung um Auskunft.

RM Sterck berichtet, das Preisgericht habe sich seinerzeit für die denkbar größtmögliche Treppe entschieden. Er selbst habe sich für die etwas kleinere Ausführung ausgesprochen, weil er fürchtete, dass die „große Treppe“ mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nicht finanzierbar sei. Dennoch begrüße und unterstütze er ausdrücklich das Projekt. Darüber hinaus mache der Archäologische Park die Verwirklichung besonders reizvoll und bedeutsam. Die Geldmittel seien seines Erachtens gut angelegt, weil das Projekt insbesondere durch den Zuwachs an Kulturgütern einen Mehrwert darstelle.

SE Weisenstein ist anders als seine Vorredner nicht der Ansicht, dass das Projekt von herausragender Bedeutung sei oder ein Alleinstellungsmerkmal aufweise. Insofern sollte man aus finanziellen Gründen in Gänze davon Abstand nehmen. Im Übrigen wäre bei einem Verzicht der Treppe die Problematik der Barrierefreiheit gelöst.

SE Gülsen ist der Auffassung, die Barrierefreiheit könne nur durch den Bau einer Rampe erreicht werden. Eine Treppe sei hierfür gänzlich ungeeignet.

Vorsitzender Klipper bittet darum, die Erfahrungen der Stadt Koblenz, insbesondere in Bezug auf die Barrierefreiheit und die Anbringung von Schutzgittern, in die weiteren Planungen einzubeziehen.

Beigeordneter Streitberger versichert, die geplante Ufertreppe werde barrierefrei errichtet. Anders als in Koblenz sei sowohl auf der obersten als auch auf der untersten Ebene ein für Rollstuhlfahrer, Fußgänger mit Kinderwagen, etc. begehbarer Weg vorgesehen. Dabei werde der untere Weg durch flache Rampen im Süden und Norden angebunden. Schon alleine aus diesem Grund sei ein Gelände zur Stromseite unabdingbar. Bei der „Kleinen Lösung“ wäre nur bei Verzicht der Rampen eine finanzielle Einsparung zu erzielen, denn beide Varianten bedingten erhebliche und kostenintensive Uferarbeiten.

SE Frenzel zeigt sich wenig überzeugt von der Notwendigkeit zur Anbringung eines Geländers. Als Beispiel nenne er den Uferweg in Porz. Dort gebe es mit Ausnahme eines kleinen Abschnittes auch keine Geländer.

RM Tull pflichtet ihrem Vorredner bei. Sie könne noch zahlreiche andere Beispiele aufzählen, wo ebenfalls keine Uferwege vergittert seien. Sie halte dies für völlig überzogenes Sicherheitsdenken.

RM Sterck berichtet, auch in Koblenz habe es entsprechende Sicherheitsbedenken gegeben. Der zuständige Dezernent habe persönlich die Verantwortung für das Weglassen der Geländer übernommen. Er habe aber großes Verständnis für die Haltung des Herrn Streitbergers. Schließlich befinde sich unter der letzten Stufe eine Spuntwand, so dass man direkt in tieferes Gewässer gelangen würde. Seine große Sorge gelte allerdings dem Pflegeaufwand eines solchen Geländers, insbesondere nach einem Hochwasser. Es müsse gewährleistet sein, dass die AWB die Reinigungsdienstleistungen in ihren Leistungskatalog aufnähmen.

Beigeordneter Streitberger macht deutlich, dass es sich bei dem am Rhein gelegenen Weg um eine Verkehrsfläche handele. Man rechne mit dichtem Verkehr an Fußgängern, Radfahrern, Scatern, Rollstuhlfahrern, etc. Der Rhein weise gerade auf diesem Streckenabschnitt gefährliche Strömungen auf. Daher werde die Verwaltung keine Vorlage ohne die Anbringung von Geländern einbringen. Sofern dies im Rat anders beschlossen werden sollte, sei klar die Verantwortlichkeit geregelt.

SE Hornemann ist der Ansicht, die Debatte zeige erneut, dass der Aufwand in keinem Verhältnis zum Nutzen stehe. Die Gelder seien an anderer Stelle wesentlich gemeinnütziger angelegt.

SE Gülsen erläutert, für Menschen mit Behinderungen oder aber auch für ältere Menschen sei die Anbringung eines Geländers unabdingbar.

SE Baatz schlägt für den Fall, dass der Rat keine Geländer beschließen sollte, als Kompromisslösung vor, zunächst lediglich die Hülsen für die Geländer anzubringen um Erfahrungen sammeln zu können und die Arbeit der AWB zu erleichtern. Er persönlich sei aber von der Notwendigkeit eines Geländers überzeugt und schließe sich der Argumentation des Beigeordneten Streitberger in vollem Umfang an.

Vorsitzender Klipper stellt den Antrag, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Beschlussvorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.2 Umsetzung Masterplan

Beigeordneter Streitberger berichtet über den Inhalt der letzten Lenkungsgruppensitzung.

4.3 Bericht Stadtraummanagement 2010 0088/2011

Frau Wagner (Stadtraummanagerin Dezernat Planen und Bauen) entschuldigt ihre Kollegin, Frau Kißmann, die zeitgleich in der Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt das Gestaltungshandbuch vorstelle. Im Folgenden berichtet Frau Wagner über die Arbeit des Stadtraummanagements.

Vorsitzender Klipper richtet seinen Dank an Frau Wagner für den informativen Beitrag. Auch bedankt es sich bei den Damen Wagner und Kißmann für deren bisher geleistete Arbeit. Seines Erachtens erfülle das Stadtraummanagement eine überaus wichtige Funktion.

RM Moritz schließt sich den Worten des Vorsitzenden Klipper an. Nunmehr sei es möglich über Projekte im Einzelnen zu diskutieren. So bedauere sie beispielsweise, dass der Cäciliengarten eingezäunt worden sei. Ihrer Meinung nach sollte dieser der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Frau Wagner teilt zwar im Grunde diese Auffassung, allerdings könne sie auch die Museumsleitung verstehen, welche verhindern wolle, dass Unbefugte sich auf diesem Wege Zugang zum Museum verschafften.

RM Sterck legt seinen Focus auf die Gestaltung der Plätze. Die Kapazitäten seien derzeit auf den Innenstadtbereich beschränkt. Es habe jedoch auch ein entsprechendes Angebot an die Stadtbezirke gegeben, woraufhin jeder Bezirk mit großem Aufwand zwei Plätze ausgewählt habe. Von dort bestehe der Wunsch, das Handlungsfeld der Stadtraummanagerinnen um diese Plätze, bzw. die Bezirkszentren, zu erweitern. Er wisse zwar, dass hierfür derzeit keine personellen Ressourcen vorhanden seien, dennoch bitte er die Verwaltung um Unterbreitung eines Verfahrensvorschlages.

Beigeordneter Streitberger sagt dies zu. Die Verwaltung sei zwar derzeit durch den Neubau der Nord-Süd-Stadtbahn stark im Innenstadtbereich gebunden, dennoch werde er sich zu der Thematik etwas einfallen lassen. Eine Vorlage mit einem entsprechenden Verfahrensvorschlag werde er sowohl in den Verkehrsausschuss als auch in den Stadtentwicklungsausschuss einbringen.

SE Dr. Soénius regt an, mehr Pressearbeit für dieses Amt zu leisten. Insbesondere in den letzten 12 Monaten sei der Begriff „Stadttraummanagement“ in der Öffentlichkeit nicht mehr erschienen. Ferner fehle seiner Ansicht nach ein Ansprechpartner und/oder eine entsprechende Internetseite, wohin sich die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Anregungen und Beschwerden wenden könnten.

SE Beste sieht einen Schwerpunkt in der Kommunikations- und Vernetzungsarbeit durch das Stadttraummanagement. Schließlich mache es keinen Sinn, wenn jede Fachverwaltung nur ihren eigenen Aufgabenbereich sehe. Damit werde das gewünschte Ziel eines übergreifenden „Bildes“ nicht erreicht. Er würde es begrüßen, wenn Bewegungen und Veränderungen dieser Art ebenfalls im nächsten Bericht dargestellt würden. In Bezug auf die vorgetragene Kritik von Frau Moritz so sei auch er der Auffassung, dass vereinzelt Fehlverhalten nicht dazu führen dürfe, die Mehrheit in ihrem positiven Verhalten zu behindern, indem öffentliche Plätze eingezäunt würden. Und letztlich wiederhole er seine zur letzten Sitzung geäußerte Bitte, nämlich das Umfeld der Via Sacra in die Objektliste aufzunehmen.

Frau Wagner erläutert zu den Ausführungen des Herrn Dr. Soénius, dass Anregungen aus der Öffentlichkeit sie selbstverständlich erreichen würden. Jedoch würde die Schaltung einer „Hotline“ sie handlungsunfähig machen. Die Anregung, die Pressearbeit zu intensivieren sowie die Anregung des Herrn Beste, die Vernetzungsarbeit im Bericht klarer darzustellen, greife sie gerne auf.

5 Allgemeine Vorlagen

5.1 Beschluss über die frühzeitige intensive Bürgerbeteiligung (moderierter Workshop) zur zukünftigen Entwicklung der Nutzungen auf den Grundstücksflächen des ehemaligen Historischen Archivs entlang der Severinstraße in Köln-Altstadt/Süd 1127/2011

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beauftragt die Verwaltung, vorbehaltlich der noch ausstehenden Bereitstellung von Finanzmitteln, einen zweitägigen moderierten Workshop zur zukünftigen Entwicklung der Nutzungen auf den Grundstücksflächen des ehemaligen Historischen Archivs entlang der Severinstraße durchzuführen;
2. beschließt, dass die aus dem moderierten Workshop resultierenden Ergebnisse nach Prüfung und darauffolgendem Beschluss in die weiteren Verfahren (Wettbewerb, Bauleitplanverfahren) einfließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Beteiligung an stadtentwicklungsrelevanten Beschlussvorlagen

6.1 Stadtbahnhaltestelle Barbarossaplatz

**hier: Teilplan 1202 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV: Planungsbeschluss zur Bahnsteiganhebung der Haltestelle Barbarossaplatz sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-1-6304, Barbarossapl.-Umsetz. Niederflurkonzept, Hj. 2011
1350/2011**

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

6.2 Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe, Entscheidung zu den Varianten der Oberlichter an der Haltestelle Breslauer Platz sowie Übernahme der nicht zuwendungsfähigen Kosten im Rahmen des Nord-Süd Stadtbahnvertrages 2120/2011

Beigeordneter Streitberger erläutert ausführlich den Inhalt der Beschlussvorlage.

RM Noack macht ergänzend deutlich, dass es sich ausschließlich um ein Provisorium handele. Der NVR habe erst gestern verlauten lassen, dass sie bereits Ende 2017 von der Bahnhofserweiterung ausgehe. Insofern halte er es für sinnvoll, die Fläche zu verblenden damit sie bis dahin als Verkehrsfläche genutzt werden könne.

RM Sterck zeigt sich nachdenklich von den Ausführungen des Beigeordneten Streitberger. Bislang habe er die Variante mit Tageslicht präferiert, allerdings könne er sich der gegenteiligen Argumentation nicht verschließen. Insofern beantrage er, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu geben, um sich noch einmal intern beraten und abstimmen zu können. Er bittet jedoch noch um Auskunft, woher die großen Kostenunterschiede rührten.

Beigeordneter Streitberger erklärt, die Verwaltung sei bei der Verhandlung von Nachträgen grundsätzlich in einer schlechten Ausgangsposition. Hinzu komme, dass die Gläser wegen der notwendigen Lastkraft eine technische Herausforderung darstellen würden, was entsprechend kostspielig sei.

Vorsitzender Klipper stellt den Antrag, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu geben, zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Beschlussvorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.3 Einleitung vorbereitender (Sanierungs-)Untersuchungen gem. § 141 Baugesetzbuch für Köln Chorweiler-Mitte 2538/2011

RM Zimmermann begrüßt ausdrücklich die eingebrachte Vorlage. Es sei zumindest der wertvolle Versuch, verantwortungslosen Hausbesitzern etwas entgegen zu setzen. Allerdings sei klar, dass es ein schwieriger und langfristiger Prozess werde, die Situation zu verbessern und sogenannte „Heuschrecken“ zu vertreiben.

RM Sterck bestreitet zwar nicht die stattgefundene Fehlentwicklung, bezweifelt jedoch, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen, insbesondere der vorgesehene Rückbau angesichts der herrschenden Wohnungsnot, die richtigen Instrumentarien seien, die Situation zu entschärfen. Dennoch trage die FDP die Vorlage mit in der Hoffnung, dass sich hieraus folgende sinnvolle Maßnahmen ergeben würden.

Vorsitzender Klipper teilt die Skepsis seines Vorredners. Allerdings handele es sich zumindest um eine Chance auf Verbesserung der Situation.

SE Weisenstein ist der Auffassung, auch die nach einem Rückbau noch verbleibenden und zum Teil nicht mehr zeitgemäßen Wohnungen müssten attraktiver gestaltet werden. Nur dann würden auch Bewohner anderer Stadtteile angezogen. Ferner müssten selbstverständlich die wegfallenden Wohnungen kompensiert werden.

Beigeordneter Streitberger hält die Zielsetzung der Vorlage ebenfalls für ein richtiges und wichtiges Zeichen an potentielle Investoren.

Vorsitzender Klipper stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

1. Der Rat beschließt für das Untersuchungsgebiet Chorweiler-Mitte, begrenzt durch die Straßen Athener Ring, Merianstraße und Willi-Suth-Allee, den Beginn der vorbereitenden Untersuchungen gem. § 141 Baugesetzbuch (vgl. hierzu die Abgrenzung des Untersuchungsgebietes im Übersichtsplan, Anlage 2).
2. Der Beschluss über den Beginn dieser vorbereitenden Untersuchungen ist entsprechend Anlage 2 ortsüblich bekanntzumachen.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung auf der Grundlage der Ergebnisse der vorbereitenden Untersuchungen konkrete Handlungsvorschläge zur sozialen Stabilisierung und Stärkung des Untersuchungsraums in bezirkszentraler Lage sowie diesbezügliche Rechtsinstrumente und staatliche Fördermöglichkeiten darzustellen. Nach Erfordernis ist eine entsprechende Gebietsausweisung vorzubereiten (förmliches Sanierungsgebiet, ggf. Stadtumbaugebiet) und zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Aufgrund der Dringlichkeit, infrage kommende Rechtsinstrumente anwenden zu können und ein integriertes Handlungskonzept für Chorweiler-Mitte zu erarbeiten, wird die Verwaltung gebeten, die erforderlichen Gutachtenvergaben kurzfristig zu prüfen und nach Erfordernis bis zu einer Honorarhöhe von 150.000,- Euro zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7 Änderungen des Flächennutzungsplanes

**7.1 168. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 7, Köln-Porz
Arbeitstitel: Poller Damm in Köln-Poll
hier: Beschluss über Anregungen und Bedenken sowie Feststellungs-
beschluss
0767/2011**

RM Moritz bittet die Verwaltung um Erläuterung hinsichtlich des Ergänzungsbeschlusses der Bezirksvertretung Porz.

Frau Müssigmann (Stadtplanungsamt) erklärt, die Bezirksvertretung Porz hält den vorgesehenen Standort der Jugendeinrichtung für ungeeignet. Die Verwaltung solle daher einen Alternativstandort innerhalb des gesamten Stadtteils aufzeigen.

SE Götz lehnt die Vorlage seitens der CDU-Fraktion ab, weil diese sich gegen eine Überplanung der möglichen Umgehungsstraße ausspreche.

RM Sterck schließt sich den Worten seines Vorredners an.

Vorsitzender Klipper stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat

1. beschließt, die Stellungnahmen gemäß Anlage 10 entsprechend der jeweiligen Begründungen zurückzuweisen;
2. stellt die 168. Änderung des Flächennutzungsplanes –Arbeitstitel: Poller Damm in Köln-Poll– mit der gemäß § 5 Baugesetzbuch beigefügten Begründung fest.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU-, die FDP-Fraktion und die Fraktion pro Köln.

7.2 155. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 7, Köln-Porz
Arbeitstitel: Gewerbepark Poll in Köln-Porz/-Poll
hier: Einleitungs- und Offenlagebeschluss
0978/2011

RM Moritz bemerkt, dass das „Sondergebiet Baumarkt“ in den Plänen unterschiedlich dargestellt sei. Ferner fragt sie an, warum der Parkplatz nun ebenfalls als SO-Fläche ausgewiesen werden solle.

Frau Müssigmann (Stadtplanungsamt) räumt ein, die Pläne in der Vorlage seien überholt. Die Darstellung in der Präsentation sei zutreffend. Zudem seien die aktuellen Planunterlagen zur heutigen Sitzung als Tischvorlage verteilt worden. Der Parkplatz des Baumarktes sei in die SO-Fläche aufgenommen worden, weil er unabdingbarer Bestandteil des Baumarktes sei. Gleichwohl handele es sich aber hierbei um eine nichtüberbaubare Fläche.

RM Dr. Müller geht auf den Umweltbericht ein. Zunächst weist sie darauf hin, dass auf Seite 7 offensichtlich die Überschrift „erheblich betroffene Umweltbelange“ fehle. Ferner bittet sie um Konkretisierung des letzten Satzes auf Seite 8. Zum jetzigen Planungsstand müsse es schließlich bereits Überlegungen geben, wo genau dieser Ausgleich erfolgen solle. Die Aussage zu Kapitel „Luftschadstoffe-Emissionen“, dass Maßnahmen zur Minderung verkehrsbedingter Emissionen nicht möglich seien, bittet sie näher zu begründen. Zum Thema „Luftschadstoffe-Immissionen“ werde ausgesagt, dass keine Messwerte zu Luftschadstoff-Konzentrationen vorlägen und eine Überschreitung von Grenzwerten im Bereich der Rolshover Straße nicht ausgeschlossen werden könnten. Weiter heiße es auf Seite 13, dass geplante Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Auswirkungen zum jetzigen Stand des Bebauungsplanverfahrens nicht erkennbar seien. Diese Aussagen seien allesamt unbefriedigend und sie bittet um Auskunft, ob und wann die Messungen vorgenommen würden.

Beigeordneter Streitberger erläutert, derzeit stehe man auf der Ebene des Flächennutzungsplanes. Dies bedeute, es gebe noch kein konkretes Projekt. Aus diesem Grund könnten viele der gestellten Fragen noch nicht beantwortet werden. Dies geschehe erst auf Basis des Bebauungsplanverfahrens.

Frau Müssigmann ergänzt, die Verwaltung bereite derzeit den Offenlagebeschluss vor. Im Zuge der Bearbeitung lägen nunmehr erste Erkenntnisse zum Artenschutz, zu Luftschadstoffen und zur Lärmsituation vor. Der Landschaftspflegerische Fachbeitrag, aus welchem die Eingriffs- Ausgleichsbilanzierung hervorgehe, stehe ebenfalls kurz vor der Fertigstellung. Sie gehe davon aus, dass die entsprechende Beschlussvorlage noch in diesem Jahr in den Stadtentwicklungsausschuss eingebracht werde.

RM Sterck weist darauf hin, dass hier die gleiche Umgehungsstraße wie in der Vorlage zuvor tangiert sei.

Vorsitzender Klipper stellt den Verweisungsbeschluss zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Porz und in den Wirtschaftsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- 7.3 187. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 7, Köln-Porz**
Arbeitstitel: Hansestraße-Süd in Köln- Porz-Eil
hier: Einleitungsbeschluss und Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit
2086/2011

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Porz und in den Wirtschaftsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- 7.4 125. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 5, Köln-Nippes**
Arbeitstitel: Neuordnung ehemaliger Rangierbahnhof Köln-Nippes (Rbf K-Nippes)
hier: Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit
2145/2011

SE Möbius erklärt, seine Fraktion lege großen Wert auf den Erhalt des Eisenbahnmuseums. Ferner werde die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob im nördlichen Bereich nicht störendes Gewerbe angesiedelt werden könne. Bezüglich der Erschließungsmaßnahmen auf Seite 6 der Vorlage möchte er wissen, ob diese mit dem kürzlich im Zusammenhang mit der Ansiedlung von Ikea erarbeiteten Verkehrskonzept harmonierten.

Herr von Wolff (stellv. Amtsleiter Stadtplanungsamt) erläutert, diese Fragen könnten erst zu einem späteren Zeitpunkt beantwortet werden. Derzeit seien sowohl die Dichte der gewerblichen Nutzung als auch die Typologie unbekannt.

Vorsitzender Klipper stellt den Verweisungsbeschluss zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Nippes und in den Wirtschaftsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8 Städtebauliche Planungskonzepte / Beschlüsse zur Durchführung von frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

8.1 Städtebauliches Planungskonzept Arbeitstitel: André-Citroën-Straße in Köln-Porz-Westhoven, 1. Änderung Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung 0679/2011

SE Beste fragt an, ob die Verwaltung aufgrund seiner Anregung aus der letzten Beratung eine flächensparendere Planung des Parkplatzes konzipiert habe.

Frau Müssigmann (Stadtplanungsamt) bejaht dies. Sie wolle aber erst das Ergebnis der Bürgerbeteiligung abwarten. Anschließend würden u. a. die neuen Planungen im Stadtentwicklungsausschuss vorgestellt.

SE Frenzel fragt in Bezug auf den Geh- und Radweg, welcher in eine Mischverkehrsfläche umgewandelt werden solle, an, wie die Verwaltung gedenke sicherzustellen, dass dieser künftig nicht als Hauptzufahrtsweg zu dem Gelände genutzt werde. Denn diese Verbindung stelle für die aus Norden kommenden Verkehrsteilnehmer die kürzeste Strecke dar.

Frau Müssigmann antwortet, dies werde durch Poller verhindert.

Vorsitzender Klipper stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. nimmt das städtebauliche Planungskonzept —Arbeitstitel: André-Citroën-Straße in Köln-Porz-Westhoven, 1. Änderung— zur Kenntnis;
2. beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) nach Modell 1 (Aushang).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8.2 Städtebauliches Planungskonzept Falkenweg in Köln-Rondorf Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung 1537/2011

Vorsitzender Klipper spricht sich gegen das Vorhaben aus, solange die Verkehrssituation in Rondorf nicht verbessert werde. Er habe vollstes Verständnis für die Bürger, dass sie in der jetzigen Situation keine weitere Wohnbebauung wünschten.

RM Moritz kann die Argumentation des Vorsitzenden Klipper zwar nachvollziehen, allerdings macht sie gleichzeitig auf die angespannte Wohnungssituation aufmerksam. Würde auf jede Einschränkung aus den jeweiligen Bezirksvertretungen Rücksicht ge-

nommen, würde diese Situation noch erheblich verstärkt und zur regelrechten „Wohnungsnot“ führen. Die Beeinträchtigung bei diesem Vorhaben halte sie für relativ gering und so gebe sie den wohnungsbaupolitischen Zielen den Vorrang. Aus städtebaulicher Sicht bevorzuge sie dabei die Variante A oder B.

RM Sterck schließt sich den Worten seiner Vorrednerin an. Gerade vor dem Hintergrund der gewünschten Verlängerung der Stadtbahn sei es wichtig, für eine entsprechende Nachfrage zu sorgen.

Vorsitzender Klipper stellt noch einmal klar, dass die Bevölkerung dort sich nicht grundsätzlich gegen eine Wohnbebauung verschließe. Sie wehre sich nur dagegen, dass die Verwaltung seit mehr als 20 Jahren nichts gegen die belastende Verkehrssituation unternommen habe.

SE Frenzel nennt Beispiele für Bauvorhaben in denen die verkehrliche Situation wesentlich angespannter sei als in Rondorf. Diesen habe die CDU jedoch zugestimmt. Aus städtebaulicher Sicht präferiere er die Variante B.

SE Hornemann spricht sich für Variante D aus, weil diese die optimale Nutzung von Solarenergie sicherstelle. Dies werde immer wichtiger und deshalb müsse die Ästhetik manchmal zurückgestellt werden.

Vorsitzender Klipper stellt den Verweisungsbeschluss zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Rodenkirchen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU-Fraktion.

9 Städtebauliche Planungskonzepte / Stellungnahme der Bezirksvertretungen zu den Ergebnissen der vorgezogenen Bürgerbeteiligungen/frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen, Entscheidungen über die Vorgaben zu den Bebauungsplan-Entwürfen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

10 Einleitung/Aufstellung/Offenlage von Bebauungsplänen bzw. Bebauungsplan-Entwürfen, ggf. mit Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

**10.1 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Wiersbergstraße in Köln-Kalk
2244/2011**

RM Moritz zeigt sich sehr verwundert über die Verwaltungsvorlage. Schließlich sei erst zur letzten Sitzung ein gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verabschiedet worden, wonach die Verwaltung zunächst ein Nutzungskonzept erarbeiten solle. Erst auf Basis dieses Konzeptes sollte über die

Aufstellung eines Bebauungsplanes beraten werden. Es sei zwar nachvollziehbar, dass der Schulbereich planungsrechtlich gesichert werden müsse, aber dies sei ja nur ein kleiner Teilbereich.

Frau Müssigmann (Stadtplanungsamt) bittet um Verständnis für die Vorgehensweise der Verwaltung. Es sei in der Tat so, dass der Schulneubau schnellstmöglich in Angriff genommen werden müsse. Der Bebauungsplan sei nicht ausdrücklich auf diesen Bereich beschränkt worden, weil man einen Bebauungsplan „aus einem Guss“ vorlegen wollte. Im Übrigen gehe sie davon aus, dass das Konzept zügig nach der Sommerpause vorgestellt werde.

SE Hilden erläutert ergänzend, die Aufstellung des Bebauungsplanes habe zudem das Ziel, die bestehende Konfliktsituation des südlich gelegenen Industriebetriebes und der Schule zu entschärfen.

Vorsitzender Klipper stellt den Verweisungsbeschluss zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Kalk.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.2 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: Magnusstraße in Köln-Altstadt/Nord
1383/2011**

Vorsitzender Klipper hält das Projekt für kreativ und gelungen. Die CDU-Fraktion werde daher der Verwaltungsvorlage zustimmen.

RM Zimmermann fragt nach, ob die Bestimmungen des Höhenkonzeptes eingehalten würden. Dies sei aus den Planunterlagen nicht erkennbar. Sollte dies nicht der Fall sein, so möchte er wissen, ob Überlegungen angestellt wurden, möglicherweise eine Parketage wegzulassen. Insgesamt halte aber auch die SPD das Projekt für begrüßenswert. Ein städtebaulicher Missstand werde hier deutlich aufgewertet und verbessert.

RM Sterck weist eingangs darauf hin, dass die Aufstellung eines Bebauungsplanes Abweichungen vom Höhenkonzept legitimiere. Insofern sei der Beschluss aus der Bezirksvertretung Innenstadt mit dem Verwaltungsvorschlag kompatibel. Die vorgesehenen Bauhöhen halte er im vorliegenden Fall für verträglich, weil das Projekt in die Umgebung passe. Zur Besetzung der Jury (Seite 2 Punkt 3. der Anlage 2) lege er aber Wert darauf, dass vier Vertreter des Stadtentwicklungsausschusses benannt würden, die als Stellvertreter Mitglieder der Bezirksvertretung entsenden könnten.

Beigeordneter Streitberger sagt dies zu. Auch die Aussagen zum Höhenkonzept könne er nur bestätigen. Das Vorhaben müsse Blockweise betrachtet werden. Die Seite

zur Palmstraße sei im Höhenkonzept mit 15 m dargestellt. Fakt sei jedoch, dass der gegenüberliegende Block, der ja auch vergleichbar sei, mit 22,5 m festgesetzt sei. Es zeige sich demnach, dass es auch bei der Umsetzung des Höhenkonzeptes Widersprüche gebe. Richtig sei aber, dass die Zielvorstellung zu einer niedrigeren Bebauung führen solle. Bezüglich der Frage des Herrn Zimmermann, ob eventuell auf eine Parketage verzichtet werden könne, gebe er zu bedenken, dass der Investor die Anzahl der Parkplätze bereits von 600 auf ca. 400 Plätze reduziert habe. Dies rechne sich aber nur, wenn er die freiwerdende Fläche bebauen könne, was gleichzeitig eine bessere Architektur und zusätzlichen Wohnraum nach sich ziehe. Daher halte er es auch für vertretbar, das Höhenkonzept um 1,29 m zu überschreiten, weil das Vorhaben eine deutliche Verbesserung der gegenwärtigen Situation darstelle. Selbstverständlich sei er bereit, erneut mit dem Investor über die Bauhöhen zu verhandeln, allerdings sei erkennbar, dass die ökonomischen Grenzen erreicht seien.

RM Zimmermann wiederholt, dass auch er das Projekt für außergewöhnlich kreativ und begrüßenswert betrachte. Es habe ihn eben nur irritiert, dass das Höhenkonzept 15 m festschreibe, obwohl rundherum eine höhere Bebauung existiere. Auch er sei der Ansicht, dass das Vorhaben an dieser Stelle verträglich sei. Er bitte jedoch, die Vorlage in die Sondersitzung am 14.07.2011 zu vertagen, um den Dissens mit der Bezirksvertretung innerhalb der Fraktion beraten zu können.

RM Tull erinnert im Zusammenhang mit dieser Diskussion daran, dass die Magnusstraße von ihrem Querschnitt her überdimensioniert sei. Die Verwaltung habe vor einiger Zeit eine Vorlage zur Umprofilierung der Straße, insbesondere der Radwegführung, angekündigt. Sie möchte wissen, wann damit zu rechnen sei.

Beigeordneter Streitberger zeigt sich verwundert. Eine solche Zusage sei ihm nicht präsent. Er werde dies aber prüfen.

RM Moritz macht auch noch einmal deutlich, dass kein Dissens zur Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt bestehe. An Herrn Zimmermann gerichtet, sollte dies auch genau so kommuniziert werden. Die Wohnnutzung sei schon vorgesehen und das Höhenkonzept werde selbstverständlich immer beachtet.

SE Beste ergänzt, dass Höhenkonzept sei seinerzeit in zwei Stufen erarbeitet worden. In der ersten Stufen seien über die Blöcke Flächen gelegt worden und in der zweiten Stufe sei überlegt worden, die zulässigen Höhen aus dem Straßenraum zu entwickeln. Seiner Überzeugung nach werde es immer wieder Situationen geben, in denen festgestellt werde, dass das Höhenkonzept in der Bearbeitungsphase nicht in der gewünschten Kleinteiligkeit dargestellt worden sei. Hier sollte sich auf eine Argumentation verständigt werden, dass Abweichungen nicht von persönlichem Gusto sondern aus der Situation heraus notwendig würden.

Vorsitzender Klipper lässt über den Antrag auf Vertagung abstimmen:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss vertagt die Vorlage in die Sondersitzung am 14.07.2011.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.3 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Neurather Weg in Köln-Mülheim
1417/2011

Vorsitzender Klipper schlägt vor, den Beschlusstext aus der Bezirksvertretung Mülheim zu übernehmen und stellt diesen zur Abstimmung:

Ergänzter Beschluss:

(analog der Fassung in der Bezirksvertretung Mülheim)

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt nach § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch, für das Gebiet zwischen der Berliner Straße, Neurather Weg, den südlichen Parzellengrenzen der Grundstücke Neurather Weg 1 - 9 sowie Berliner Straße 221, der Trasse der Deutschen Bahn und den nördlichen Parzellengrenzen der Grundstücke Berliner Straße 187, 213, 215 und 217 –Arbeitstitel: Neurather Weg in Köln-Mülheim– einen Bebauungsplan aufzustellen mit dem Ziel, für die Erweiterung des Betriebshofs der Circus Roncalli GmbH um Lagerhallen und Werkstätten eine planungsrechtliche Grundlage zu schaffen. **Die Verwaltung wird beauftragt, eine flächensparende Planung vorzulegen.**
2. nimmt die Varianten für das städtebauliche Planungskonzept zur Kenntnis (siehe Anlagen 2 - 4, Erläuterungsbericht in Anlage 5) und beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB nach Modell 2.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.4 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Urbacher Weg in Köln-Porz-Ensen
1473/2011

RM Moritz äußert ihr Unverständnis darüber, dass die Verwaltung schon jetzt ein Planungskonzept erarbeite, obwohl es noch keinen Investor gebe. Schließlich könne man auch dem noch zu findenden Investor die Verpflichtung auferlegen, ein städtebauliches Planungskonzept auf Basis eines Wettbewerbes zu erarbeiten. Grundsätzlich befürworte sie aber das Vorhaben.

Beigeordneter Streitberger erläutert, aufgrund der Größe des Areals gehe er davon aus, dass dieses an mehrere Bauträger veräußert werde. Insofern sei es wichtig, bereits zum jetzigen Zeitpunkt eine städtebauliche Struktur vorzugeben.

Vorsitzender Klipper stellt den Verweisungsbeschluss zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Porz.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.5 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 66457/07
Arbeitstitel: Goebenstraße in Köln-Neustadt/Nord
1503/2011**

Vorsitzender Klipper stellt Einvernehmen fest, den Beschlusstext aus der Bezirksvertretung Innenstadt zu übernehmen und stellt ihn daraufhin zur Abstimmung:

Ergänzter Beschluss:

(analog der Fassung in der Bezirksvertretung Innenstadt)

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, den Bebauungsplan-Entwurf 66457/07 mit gestalterischen Festsetzungen für das Gebiet zwischen Goebenstraße, Kaiser-Wilhelm-Ring, Herwarthstraße und Werderstraße —Arbeitstitel: Goebenstraße in Köln-Neustadt/Nord— nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des Verfahrens nach § 13 BauGB mit der als Anlage beigefügten Begründung öffentlich auszulegen.

Die Baumstandorte und möglichst auch die Bäume sind zu erhalten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.6 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 65454/05
Arbeitstitel: Genter Straße in Köln-Neustadt/Nord
1813/2011**

Vorsitzender Klipper stellt auch zu dieser Vorlage den Wunsch fest, den Beschlusstext aus der Bezirksvertretung Innenstadt zu übernehmen und stellt ihn daraufhin zur Abstimmung:

Ergänzter Beschluss:

(analog der Fassung in der Bezirksvertretung Innenstadt)

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, den Bebauungsplan-Entwurf 65454/05 mit gestalterischen Festsetzungen für das Gebiet zwischen Brüsseler Straße, Antwerpener Straße, Brabanter Straße und Genter Straße in Köln-Neustadt/Nord — Arbeitstitel: Genter Straße in Köln-Neustadt/Nord— nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB mit der als Anlage beigefügten Begründung öffentlich auszulegen.

In den Innenbereichen sind mikroklimatische Verbesserungen und eine Reduzierung von Wärmeinseln vorzusehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.7 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB)
Arbeitstitel: Oskar-Jäger-Straße in Köln-Ehrenfeld
1885/2011**

SE Dr. Soénius äußert sein Unverständnis darüber, dass der in Aufstellung befindliche Flächennutzungsplan GI-Flächen vorsehe, nunmehr aber ein Teil dieser Flächen in GE umgewandelt werden solle. Hierfür sehe er keine Notwendigkeit.

Herr von Wolff (stellv. Amtsleiter Stadtplanungsamt) erläutert, beide Verfahren hätten sich überschritten. Die jetzt vorliegende Planung sei auf Antrag der Firma Aurelis zustande gekommen, welche auf dem Gelände einen Gewerbehof verwirklichen wolle. Dafür sei keine GI-Festsetzung erforderlich.

SE Dr. Soénius bleibt bei seiner Meinung, dass eine Ausweisung als GI-Fläche dem nicht entgegen stünde.

Beigeordneter Streitberger erklärt, die Fa. Aurelis werde sich eher in Richtung eines Gewerbebetriebes entwickeln. Wichtig sei dabei, dass die Planung mit dem benachbarten Industrie-Gewerbe kompatibel sei.

Herr von Wolff ergänzt, bei einer Ausweisung als Industriefläche dürften die angestrebten Büros nicht angesiedelt werden. Dies sei nach der Baunutzungsverordnung unzulässig.

RM Moritz fragt an, warum die Bebauung an der Straßenkante unterschiedliche Bauhöhen vorsehe. Aus städtebaulicher Sicht hätte sie sich eine Beruhigung gewünscht.

Herr von Wolff antwortet, dies resultiere aus den Bestandsgebäuden. Die Firma Aurelis habe nicht die Absicht, diese baulich zu verändern. Im Übrigen würden sich eine Vielzahl von Gewerbebetrieben mit unterschiedlichen Ansprüchen und Raumbedarfen dort etablieren.

Vorsitzender Klipper stellt den Verweisungsbeschluss zur Abstimmung

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in den Wirtschaftsausschuss, den Rahmenplanungsbeirat und in die Bezirksvertretung Ehrenfeld.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.8 Beschluss über die Aufstellung und Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 6446/02
Arbeitstitel: Ehrenfeldgürtel/nordöstlich Venloer Straße in Köln-Ehrenfeld
2243/2011

SE Brock-Mildenberger führt aus, die zur Beratung vorliegende Vorlage befasse sich mit der Konkretisierung eines schon bestehenden Bebauungsplanverfahrens. Zielsetzung sei dabei der Ausschluss von Vergnügungsstätten. In der Begründung sowie in den Anlagen der Beschlussvorlage sei erkennbar, dass die Qualifizierung des Gebietes recht hochwertig sei. Insbesondere das Areal südlich des S-Bahn-Hofes sei wegen seiner „Zahnlückenartigen Bebauung“ schon häufiger Diskussionsgegenstand in den politischen Gremien gewesen. Daraufhin habe die Verwaltung vor nunmehr fünf Jahren die Zusage erteilt, statt eines Bebauungsplanes ein städtebauliches Konzept zu entwickeln. Ein solches Vorgehen erachte er ebenfalls für sinnvoll und er fragt an, wie sich der aktuelle Sachstand darstelle.

Beigeordneter Streitberger bestätigt die Aussagen des Herrn Brock-Mildenberger. Leider fehlten jedoch bisher die personellen Kapazitäten, diese Aufgabe auszuführen. Er bedauere dies außerordentlich. Herr Stüttem (Stellv. Amtsleiter Amt für Stadtentwicklung und Statistik) werde die ausgesprochene Erinnerung sicher zum Anlass nehmen, sich der Thematik noch einmal anzunehmen und auch er werde mit Vertretern des Stadtplanungsamtes überlegen, wie hier kurzfristig Lösungsansätze gefunden werden könnten.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Ehrenfeld.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion.

11 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen sowie Einstellung von Bebauungsplan-Verfahren

11.1 Aufhebung der Einleitungsbeschlüsse zu den vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwürfen

Arbeitstitel: 1. "Rondorfer Straße 5" in Köln-Marienburg;
2. "Kindertagesstätte Rondorfer Straße 5" in Köln-

Marienburg
0995/2011

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt die Aufhebung der Einleitungsbeschlüsse zu den vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwürfen –Arbeitstitel: 1. "Rondorfer Straße 5" in Köln-Marienburg; 2. "Kindertagesstätte Rondorfer Straße 5" in Köln-Marienburg– für das Grundstück Rondorfer Straße 5.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**11.2 Aufhebung des Durchführungsplanes 6644 Nb 1-4/02 (67459/02)
- Offenlagebeschluss -
Arbeitstitel: Hauptbahnhof/Turiner Straße in Köln-Altstadt/Nord
1990/2011**

Vorsitzender Klipper stellt die Vorlage mit Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt,

1. den Durchführungsplan 6644 Nb 1-4/02 (67459/02) für das Gebiet Trankgasse, Bahnhofsvorplatz, Dompropst-Ketzer-Straße, Marzellenstraße, Eigelstein, Machabäerstraße, Domstraße, Brandenburger Straße, entlang der östlichen Grenze des Flurstücks 649 (Flur 28, Gemarkung Köln), Altenberger Straße, Johannisstraße, entlang der südlichen Grenze der Flurstücke 262, 289 sowie 288 (Flur 29, Gemarkung Köln), Am Alten Ufer, Servasgasse, Konrad-Adenauer-Ufer — Arbeitstitel: Hauptbahnhof/Turiner Straße in Köln-Altstadt/Nord— zum Zwecke der Aufhebung mit der als Anlage beigefügten Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen;
2. von einer frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 BauGB abzusehen.

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Innenstadt ohne Einschränkung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

12 Beschlüsse über Anregungen/Stellungnahmen, Änderungen sowie Satzungsbeschlüsse von Bebauungsplan-Entwürfen

**12.1 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 71467/02
Arbeitstitel: Südlich Arnsberger Straße in Köln-Buchheim
0727/2011**

RM Zimmermann lehnt für die SPD-Fraktion die Vorlage nach wie vor ab. Neben den vielen Einwendungen aus der Bürgerschaft habe sich zwischenzeitlich auch eine Bürgerbewegung entwickelt, welche diverse Klagen in Bezug auf die verkehrliche Situation vorbereite. Auch gebe es zwei innerstädtische Bedenken zum Bauvorhaben. Diese

beträfen den schulischen Bereich sowie ebenfalls die verkehrliche Situation. Die Bezirksvertretung habe Fragen zur Verkehrsplanung gestellt. Hierauf habe die Verwaltung geantwortet, Veränderungen würden im städtebaulichen Vertrag mit dem Investor festgeschrieben. Dies bedeute, die Kompetenzen der Bezirksvertretung würden beschnitten und er bitte die Verwaltung um eine diesbezügliche Stellungnahme. Ferner sei er verwundert, dass die Schulmensa ihren Betrieb über die üblichen Schulzeiten hinaus bis in die Abendzeiten geöffnet werden solle. Hiervon sei während der öffentlichen Bürgerbeteiligung nie die Rede gewesen.

Frau Müssigmann (Stadtplanungsamt) erläutert, Bestandteil des Bebauungsplanverfahrens sei die Erstellung eines umfangreichen Verkehrsgutachtens gewesen. Darin sei zunächst einmal das momentane Verkehrswahlverhalten der Lehrer und der Schüler abgefragt worden. Auf diese Zahlen habe man einen erheblichen Prozentsatz addiert und somit sozusagen ein „worst-case-Szenarium“ simuliert. Die Verkehrsuntersuchung komme zu dem Ergebnis, dass wenn die Schule im Laufe der Zeit die volle Aufnahmekapazität erreiche, es möglicherweise einen Ausbaubedarf geben werde. Im städtebaulichen Vertrag sei deswegen festgeschrieben worden, dass derartige Kosten vom Investor zu leisten wären. Selbstverständlich würden die Umplanungen zuvor den politischen Gremien vorgestellt. Bezüglich der Schulmensa verhalte es sich so, dass die zugrunde liegende Idee des Investors darauf abziele, eine Schule mit einem umfänglichen Quartiersbezug zu realisieren. Das heißt, sie erhalte eine Veranstaltungshalle für Theateraufführungen u.ä. und eine größere Turnhalle um Sportveranstaltungen durchführen zu können. Auch dies sei in das Verkehrsgutachten eingeflossen und demnach seien neben den Sportveranstaltungen höchstens vier schulische Großveranstaltungen an den Wochenenden pro Jahr für die Anwohner als zumutbar zu bezeichnen. Auch das sei im städtebaulichen Vertrag fixiert worden. Und nur für diese Veranstaltungen dürfe die Schulcafeteria länger geöffnet bleiben. Der Wunsch des Schulträgers Übernachtungsmöglichkeiten für Referenten anbieten zu können sei zugegebenermaßen ungewöhnlich. Man habe aber deutlich gemacht, dass diese allenfalls eine untergeordnete Rolle einnehmen dürfen und so die Anzahl der Zimmer auf 10 Einzelzimmer reduziert.

RM Zimmermann fragt in Bezug auf die Zimmervermietung nach, ob die Einzelzimmer im städtebaulichen Vertrag festgeschrieben seien und ob die Vermietung mit dem Erbpachtvertrag und den Schulbaurichtlinien vereinbar sei.

Frau Müssigmann sagt eine diesbezügliche Prüfung bis zur kommenden Ratssitzung zu.

Vorsitzender Klipper stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 71467/02 für das Gebiet östlich der Bebauung entlang der Frankfurter Straße, der Arnsberger Straße und nördlich der KVB-Trasse Thielenbruch - Mengenich (Gemarkung Mülheim, Flur 2, Flurstücke 1800, 1832, 1833, 1834, 1835, 1836, 1837, 1838, 1839, 1840, 1842 und 2723, 2739, 2725 teilweise) —Arbeitstitel: Südlich Arnsberger Straße in Köln-Buchheim— eingegangenen Stellungnahmen gemäß Anlage 2 und Anlage 2 a;

2. den Bebauungsplan-Entwurf 71467/02 nach § 4a Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB) zu ändern (Anlage 3);
3. den Bebauungsplan 71467/02 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 BauGB in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) — jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die SPD-Fraktion und die Fraktion pro Köln.

**12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 71470/09
Arbeitstitel: Ackerstraße in Köln-Buchheim
1605/2011**

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 71470/09 für das Gebiet zwischen Ackerstraße, Dellbrücker Straße, Hermann-Kunz-Straße, Kniprodestraße, Herler Straße in Köln-Buchheim —Arbeitstitel: Ackerstraße in Köln-Buchheim— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 3;
2. den Bebauungsplan 71470/09 nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**12.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes 68409/06
Arbeitstitel: Robert-Heuser-Straße in Köln-Marienburg, 2. Änderung
1866/2011**

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt,

1. über die zum Entwurf betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes 68409/06 für das Grundstück Marienburger Straße 21 —Arbeitstitel: Robert-Heuser-Straße in Köln-Marienburg, 2. Änderung— eingegangenen Stellungnahmen gemäß Anlage 2;
2. die 2. Änderung des Bebauungsplanes 68409/06 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**12.4 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 64535/03
Arbeitstitel: Südlich Oranjehofstraße in Köln-Seeberg
2088/2011**

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 64535/03 für das Betriebsgelände des Seeberger Pflanzenhofes Oranjehofstraße 20 in Köln-Seeberg —Arbeitstitel: Südlich Oranjehofstraße in Köln-Seeberg— abgegebene Stellungnahme gemäß Anlage 3;
2. den Bebauungsplan 64535/03 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

13 Änderungen/Ergänzungen von Bebauungsplänen

13.1 Beschluss über die Einleitung betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 6456/06 einschließlich 1. bis 5. Änderung Arbeitstitel: Gewerbegebiet Langel in Köln-Fühlingen/-Merkenich, 6. Änderung 2237/2011

RM Moritz hätte es für besser befunden, lediglich die betroffenen Teilbereiche in das Änderungsverfahren einzubeziehen.

Herr von Wolff (Stellv. Amtsleiter Stadtplanungsamt) erläutert, materiell würden ausschließlich die textlichen Festsetzungen geändert.

Vorsitzender Klipper stellt den Verweisungsbeschluss zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Chorweiler.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

13.2 Beschluss über die Einleitung und Offenlage betreffend die 3. Änderung des Bebauungsplanes 74459/07 Arbeitstitel: Madausstraße in Köln-Merheim, 3. Änderung 2207/2011

Auf Wunsch des Herrn Sterck erläutert Frau Müssigmann (Stadtplanungsamt) die bisherige Planung, weil diese in der Powerpoint-Präsentation nicht abgebildet ist.

Vorsitzender Klipper stellt den Verweisungsbeschluss zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Kalk.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- 13.3 Beschluss über die Einleitung betreffend die 4. Änderung des Bebauungsplanes 58480/03 im beschleunigten Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB)**
Arbeitstitel: Widdersdorf Süd (neu) in Köln-Widdersdorf, 4. Änderung "Auf der Vierzig"
2383/2011

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Lindenthal.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- 13.4 Beschluss über die Einleitung betreffend die Änderung des Bebauungsplanes 63549/04**
Arbeitstitel: Florenzer Straße in Köln-Chorweiler, 4. Änderung
2529/2011

Auf Nachfrage des Herrn Sterck erläutert Herr von Wolff (stellv. Amtsleiter Stadtplanungsamt) welche Teilbereiche des Bebauungsplanes bisher nicht realisiert worden sind.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, das Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes 63549/04 gemäß § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) für das Gebiet Athener Ring, Florenzer Straße, westlich Stadthaus, südlich und westlich des Parkhauses, Athener Ring, Stockholmer Allee, Osloer Straße, Trondheimer Weg, Liller Straße und Willi-Suth-Allee in Köln-Chorweiler — Arbeitstitel: Florenzer Straße in Köln-Chorweiler, 4. Änderung— einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- 13.5 Beschluss über die Einleitung betreffend die Änderung des Bebauungsplanes 63549/03**
Arbeitstitel: Stockholmer Allee in Köln-Chorweiler, 3. Änderung
2542/2011

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, das Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes 63549/03 gemäß § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) für das Gebiet Liller Straße, Trondheimer Weg, Osloer Straße, Stockholmer Allee, Athener Ring, Merianstraße, Göteborgstraße und südöstlich des Park-

hauses bis zur Liller Straße in Köln-Chorweiler —Arbeitstitel: Stockholmer Allee in Köln-Chorweiler, 3. Änderung— einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

14 Aufhebung von Bebauungsplänen

**14.1 Teilaufhebung des Bebauungsplanes 71481/04
Beschluss über die Einleitung und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Mündelstraße in Köln-Mülheim
1447/2011**

Auf Wunsch des Vorsitzenden Klipper erläutert Frau Müssigmann (Stadtplanungsamt) die Hintergründe für die Notwendigkeit einer Teilaufhebung des Bebauungsplanes. Im Übrigen habe der Interkulturelle Dienst dem Anliegen auf Errichtung der Moschee explizit zugestimmt.

RM Zimmermann begrüßt das Vorhaben. Wie bereits von Frau Müssigmann dargelegt, existiere der Verein bereits vor Ort. Allerdings sei der jetzige Standort an der Keupstraße in einem desolaten Zustand. Daher biete es sich an, die Aktivitäten auf die Mündelstraße zu konzentrieren.

Vorsitzender Klipper stellt den Verweisungsbeschluss zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Mülheim.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

15 Sonstige Satzungen

**15.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Mülheim
Arbeitstitel: Bezirkszentrum Wiener Platz/Frankfurter Straße
0719/2011**

RM Sterck kritisiert, dass die Vorlage wegen des in der Sitzung am 31.03.11 ausgesprochenen Wiedervorlageverzichtes von der Verwaltung endgültig zurückgezogen worden sei. Schließlich gebe es hierzu neue Pläne, welche mit Schreiben vom 30.05.11 übersandt worden seien.

Beigeordneter Streitberger antwortet, die korrigierten Pläne korrespondierten mit dem textlichen Inhalt der Beschlussvorlage. Insofern habe er keine Notwendigkeit für eine erneute Beschlussfassung im Stadtentwicklungsausschuss gesehen.

Nach kurzer Diskussion stellt Vorsitzender Klipper die Vorlage erneut zur Abstimmung:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Mülheim –Arbeitstitel: Bezirkszentrum Wiener Platz/Frankfurter Straße– für den Bereich beiderseits des Wiener Platzes (einschließlich Stadthalle und Wienerplatz 2 - Bull-Hochhaus) und beiderseits der Genovevastraße und der Frankfurter Straße von der Bergisch Gladbacher Straße bis einschließlich zum Mülheimer Bahnhof und Teile zwischen dem Gleisgebiet in Köln-Mülheim in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion.

**15.2 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Buchheim
Arbeitstitel: "Zentrum Buchheim" in Köln-Buchheim
1313/2011**

Die Beschlussfassung hat sich wegen des ausgesprochenen Wiedervorlageverzichts erledigt.

**15.3 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Pesch
Arbeitstitel: Gewerbegebiet Pesch, 2. Änderung
1331/2011**

Die Beschlussfassung hat sich wegen des ausgesprochenen Wiedervorlageverzichts erledigt.

**15.4 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Rath/Heumar
Arbeitstitel: Rösrather Straße und Eiler Straße in Köln-Rath/Heumar
1552/2011**

Die Beschlussfassung hat sich wegen des ausgesprochenen Wiedervorlageverzichts erledigt.

15.5 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Nord
Arbeitstitel: Brandenburger Straße, Erweiterungsfläche in Köln-Altstadt/Nord
1937/2011

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Innenstadt ohne Einschränkung zustimmt und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für die Erweiterungsfläche des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes –Arbeitstitel: Brandenburger Straße in Köln-Altstadt/Nord– für den Bereich Johannisstraße 43 - 47 und Breslauer Platz 2 (Flurstücke 575, 576, 460, 461, 462, 463) in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion.

15.6 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Süd
Arbeitstitel: Ulrichgasse in Köln-Altstadt/Süd
2024/2011

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Innenstadt ohne Einschränkung zustimmt und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Süd –Arbeitstitel: Ulrichgasse in Köln-Altstadt/Süd– für das Gebiet zwischen Ulrichgasse, Ankerstraße, Schnurgasse und Paulstraße in Köln-Altstadt/Süd in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

15.7 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Ossendorf
Arbeitstitel: Gewerbegebiet Von-Hünefeld-Straße in Köln-Ossendorf, 4. Änderung
4557/2010/1

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Ossendorf –Arbeitstitel: Gewerbegebiet Von-Hünefeld-Straße in

Köln-Ossendorf, 4. Änderung – für das Gebiet nördlich der Hugo-Eckener-Straße, östlich der Von-Hünefeld-Straße, südwestlich Mathias-Brüggen-Straße bis zur nördlichen Grenze des Grundstücks Mathias-Brüggen-Straße 88 - 106, östliche Grenzen der Grundstücke Mathias-Brüggen-Straße 88 - 106 bis zur östlichen Grenze des Grundstücks Hugo-Eckener-Straße 14 (Eichamt) und östlich der Mathias-Brüggen-Straße bis zur Militärringstraße, südlich der Militärringstraße bis zur östlichen Grenze des Grundstücks Richard-Byrd-Straße 43, südwestlich der Richard-Byrd-Straße, nordwestlich der Von-Hünefeld-Straße bis zur Mathias-Brüggen-Straße in Köln-Ossendorf in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion.

15.8 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Ehrenfeld
Arbeitstitel: Ehrenfeldgürtel/nordöstlich Venloer Straße in Köln-Ehrenfeld
2309/2011

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Ehrenfeld ohne Einschränkung zustimmt und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat

1. hat in seiner Sitzung am 07.04.2011 für das Gebiet zwischen Venloer Straße, Schönsteinstraße, Bartholomäus-Schink-Straße, nordwestliche Grenze des Grundstücks Ehrenfeldgürtel 125 (Post) in Verlängerung bis zur Subbelrather Straße (Stadtteilbibliothek), Subbelrather Straße, Gravenreuthstraße, Hüttenstraße und Ehrenfeldgürtel in Köln-Ehrenfeld eine Veränderungssperre mit dem Arbeitstitel "Ehrenfeldgürtel/nordöstlich Venloer Straße in Köln-Ehrenfeld" beschlossen;
2. beschließt, den Geltungsbereich der Veränderungssperre um das Gebiet der Grundstücke Hüttenstraße Nummern 28 und 26 sowie Gravenreuthstraße Nummern 1 bis 11 und 23 zu verkleinern;
3. beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Ehrenfeld –Arbeitstitel: Ehrenfeldgürtel/nordöstlich Venloer Straße in Köln-Ehrenfeld– für das Gebiet zwischen Venloer Straße, Schönsteinstraße, Bartholomäus-Schink-Straße, nordwestliche Grenze des Grundstücks Ehrenfeldgürtel 125 (Post) in Verlängerung bis zur Subbelrather Straße (Stadtteilbibliothek), Subbelrather Straße, Gravenreuthstraße, nordöstliche Grundstücksgrenze Gravenreuthstraße Nummer 23, rückwärtige Grundstücksgrenzen Gravenreuthstraße Nummer 23 sowie 11 bis 5, nordwestliche Grundstücksgrenze Hüttenstraße Nummer 28, Hüttenstraße und Ehrenfeldgürtel in Köln-Ehrenfeld in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion.

16 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen

16.1 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen hier: Umsetzung des Beschlusses der Bezirksvertretung 2 Rodenkirchen vom 28.02.2011: Soziale Stadt Meschenich 2413/2011

RM Moritz erachtet die Verwaltungsvorlage für sehr befremdlich. Der Beschluss sei schon längst gefasst worden. Die Verwaltung habe daraufhin mitgeteilt, dass ihr die Umsetzung wegen mangelnder personeller Kapazitäten nicht möglich gewesen sei und nun solle der Beschluss wiederholt werden. Dieses Verfahren sei nicht nachvollziehbar.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung, die Vorbereitende (Sanierungs-) Untersuchung Meschenich gem. § 141 Baugesetzbuch zu bearbeiten und das Ergebnis den zuständigen Fachausschüssen und der Bezirksvertretung Rodenkirchen mit Planungs- und Handlungsempfehlungen zur Stabilisierung des Stadtteils Meschenich vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

17 Mitteilungen

17.1 Ergebnis des Wettbewerbs "Im Weichserhof" (Campus West) in Köln-Altstadt/Süd 2143/2011

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

17.2 Gewerbegebiet Ensen/Westhoven in Köln-Porz-Ensen/-Westhoven; hier: Dringlichkeitsantrag der Bezirksvertretung Porz vom 17.05.2011 (TOP 6.1.16) 2255/2011

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

17.3 Vergnügungsstätten- beziehungsweise Spielhallenkonzepte; hier: Praxis anderer Kommunen 1790/2011

Die Mitteilung wurde zu Beginn der Sitzung zurückgestellt.

**17.4 Ausstellung "(K)ein Kinderspiel! Leben.Wohnen.Aufwachsen"
2347/2011**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**17.5 Städtebauliches Planungskonzept "Am Lusthaus" in Köln-Rath/Heumar
hier: Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und weitere
Vorgehen
2474/2011**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**17.6 'Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft' und Broschüre
'Köln 100 % - Kulturelle Vielfalt einer Stadt'
2315/2011**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**17.7 Verkehrssituation in Köln-Meschenich
hier: Anfrage aus der Sitzung der Bezirksvertretung Rodenkirchen vom
28.02.2011, TOP 8.2.7
2117/2011**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**17.8 Beantwortung der Anfragen aus der Sitzung des Wirtschaftsausschusses
vom 19.05.2011 betreffend Tagesordnungspunkt 6.1 Bebauung am
Breslauer Platz - Verzögerung des Projektes durch Leitungstrassen der
DB AG - Erarbeitung von Alternativen (1155/2011)
2333/2011**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**17.9 Umbau (Revitalisierung) Rheinpark-Pavillon
2546/2011**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**17.10 Verkehrsgutachten zur Ansiedlung des Frischemarktes in Köln-Marsdorf
2600/2011**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**17.11 "Wohndialog Kalk Nord": Vertreter der Wohnungswirtschaft, KALK-schmiede* und die Stadt Köln kooperieren mit dem Ziel der Verbesserung der Wohnsituation in Kalk Nord
2532/2011**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

18 Mündliche Anfragen

Es wurden keine mündlichen Anfragen gestellt.

19 Gleichstellungsrelevante Themen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

Vorsitzender Klipper schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Gez. Karl-Jürgen Klipper
(Ausschussvorsitzender)

Gez. Marianne Michels
(Schriftführerin)